

## Betreff: *Sagen Sie Nein zur Entsendung deutscher Tornados*

Datum: Tue, 6 Mar 2007

An: eduard.oswald@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Oswald,

ich bin bestürzt über die Absicht der Bundesregierung, deutsche Tornados nach Afghanistan zu schicken! Sie als Abgeordnete sollen Anfang März darüber abstimmen, sechs dieser Flugzeuge mit bis zu 500 Soldaten an Bodenpersonal an den Hindukusch zu entsenden.

Unter dem völkerrechtswidrigen Hinweis auf das „Selbstverteidigungsrecht“ wird seit über fünf Jahren in Afghanistan Krieg geführt. Dieser Krieg hat bereits Tausenden von Zivilisten und Soldaten das Leben gekostet.

Die US-amerikanische Streitkräfte und ihre Verbündeten führen im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) vor allem im Süden des Landes Krieg gegen die Taliban. Obwohl die Bundeswehr auch daran beteiligt ist, konzentriert sie sich bisher ganz überwiegend auf den mit einem Mandat der Vereinten Nationen versehenen ISAF-Einsatz (International Security Assistance Force). Dieser sollte in erster Linie Aufbauarbeit, Sicherungsschutz im Norden und Ausbildung der heimischen Polizei gewährleisten. Die Bundesregierung stellt diese beiden Aufgaben als streng getrennt dar, obwohl die Unterschiede zunehmend verwischen. Auch die ISAF kämpft inzwischen gegen Aufständische im Süden Afghanistans. Die Bundeswehr droht immer mehr in die Rolle einer aktiven Kriegspartei hinein zu rutschen.

Von Frieden und Ruhe in Afghanistan kann nicht die Rede sein. Das Auswärtige Amt malt ein düsteres Bild: „Die Sicherheitslage insbesondere im Süden und Südosten Afghanistans hat sich seit Ende 2005 verschärft und muss als kritisch betrachtet werden.“ (Auswärtiges Amt: Pressemitteilung, 14.09.06)

Der zur Abstimmung stehende Einsatz der Tornados steht im direkten Zusammenhang mit der angekündigten Frühjahrsoffensive der ISAF. Doch auch die Verwendung von Aufklärungsdaten für die Truppen von Enduring Freedom ist wahrscheinlich. US-Militärs bestätigen den regen Informationsaustausch zwischen beiden Militärmissionen. Also steht die direkte Beteiligung der Bundeswehr an den Kampfeinsätzen auf der Tagesordnung, Aufklärung und Bombardierung bauen aufeinander auf. Ein mit dem geplanten Einsatz vertrauter Bundeswehroffizier äußerte sich dazu: „Das lässt sich in der Praxis gar nicht trennen. Anders lautende Behauptungen sind nur rhetorische Feigenblätter.“ (Netzeitung 1.2.07)

Krieg kann die Probleme in Afghanistan nicht lösen, fordert nur weitere Opfer, unter ihnen vermehrt Zivilisten. Ich bitte Sie daher eindringlich: verweigern Sie bei der Abstimmung im Bundestag zur Entsendung deutscher Aufklärungstornados Ihre Zustimmung.

Sorgen Sie stattdessen dafür, dass Afghanistan durch Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen u.a. im Bereich von Gesundheit und Bildung eine echte Chance bekommt, sich von Krieg und Terror zu verabschieden. Soldaten und Aufklärungstornados der Bundeswehr bedarf es dazu nicht.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Hans-Georg Ruf*

From: „Eduard Oswald MdB“ eduard.oswald.ma01@bundestag.de

Sent: Monday, March 12, 2007 11:46 AM

*Subject: Re: [Fwd: Sagen Sie Nein zur Entsendung deutscher Tornados]*

Sehr geehrter Herr Dr. Ruf

haben Sie vielen Dank für Ihre Überlegungen angesichts der bevorstehenden Abstimmung über einen Einsatz von RECCE-Tornados zur Verstärkung unseres Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan im Rahmen von ISAF.

Zunächst zu Ihrem Hinweis auf die (vermeintliche) Völkerrechtswidrigkeit des Einsatzes, den ich wie folgt entkräften möchte. Direkt nach den Terroranschlägen von New York und Washington verurteilte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1368 (2001) diese sowohl als bewaffneten Angriff auf die Vereinigten Staaten als auch als Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit. Ebenso beschloss der NATO-Rat, dass die Terrorangriffe – sofern sie von außen gegen die USA gerichtet waren – als Angriffe auf alle Bündnispartner im Sinne der Beistandsverpflichtung des Art. 5 des Nordatlantikvertrages zu betrachten seien. Am 28. September 2001 ergänzte der Sicherheitsrat mit der Resolution 1373 (2001) seine in der Resolution 1368 gezogenen Konsequenzen und forderte alle Staaten auf, „insbesondere im Rahmen bi- und multinationaler ... Vereinbarungen zusammenzuarbeiten, um ... Maßnahmen gegen die Täter zu ergreifen“. Am 2. Oktober 2001 legten die USA im NATO-Rat dar, dass die Angriffe nachweislich von außen gegen die USA gerichtet waren. Daraufhin bekräftigte und präziserte der NATO-Rat am 4. Oktober 2001 die Beistandsverpflichtung aus Art. 5. Damit war auch die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung zu Maßnahmen der Bündnispartner gegen den Terrorismus beizutragen. Somit ist die Operation „Enduring Freedom“ keinesfalls völkerrechtswidrig, ebenso wenig wie die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF), die ebenfalls mit einem VN-Mandat (Resolution 1707 (2006)) ausgestattet ist.

Deutschland ist für den Erfolg der Gesamtmission in Afghanistan mit verantwortlich. Mit den Aufklärungs-Tornados wird es besser als jetzt möglich sein, Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Damit wird vor allem der Schutz der afghanischen Bevölkerung, unserer Soldaten und unserer Verbündeten vergrößert. Ebenso dient eine verbesserte Aufklärung auch dem Schutz von zivilen Entwicklungshelfern sowie der gefährdeter Wiederaufbauprojekte.

Dazu muss es entgegen Ihrer Auffassung auch möglich sein, dass die Ergebnisse unserer Aufklärungsflüge unseren Verbündeten nicht vorenthalten und auch zur Bekämpfung der Taliban durch ISAF oder OEF genutzt werden. Gleichwohl ist nur eine restriktive Übermittlung von Aufklärungsergebnissen an OEF-Truppen vorgesehen. Das heißt, dass die Übermittlung der Aufklärungsdaten nur erfolgt, wenn dies zur erfolgreichen Durchführung der ISAF-Operation oder für die Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist.

Nach eigenen Angaben haben die Taliban bis zu 10.000 Kämpfer zusammengezogen, um in den kommenden Monaten die Lage in Afghanistan zu destabilisieren, die Autorität der afghanischen Regierung zu unterminieren und erneut ein fundamentalistisches Regime zu errichten. Es ist auch Aufgabe von ISAF zu verhindern, dass diese bewaffneten Kräfte wieder die Oberhand gewinnen. Je besser die Aufklärungsfähigkeit von ISAF ist, desto besser, angemessener und verhältnismäßiger kann ISAF reagieren.

Somit steht der geplante Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen im Einklang mit der bisher verfolgten ISAF-Strategie in Afghanistan. Besonders im Süden und Osten des Landes sehen sich die Truppen unserer Verbündeten mit zunehmendem Widerstand und Gewalttaten der Taliban konfrontiert. Scheitert aber die Stabilisierung der Lage im Süden, ist auch der Erfolg beim Wiederaufbau im Norden infrage gestellt, wo die Bundeswehr vornehmlich stationiert ist.

In der jetzigen Debatte über die Tornados ist immer wieder die Rede von einer neuen Qualität des ISAF-Einsatzes, welche die Bundeswehr zur „aktiven Kriegspartei“ werden lasse. Tatsache ist, dass die Bundeswehr schon vor Jahren gefährliche Aufgaben in Afghanistan übernommen hat und dementsprechend mit einem robusten Mandat ausgestattet ist. Ihrem Auftrag liegt die politische Grundüberzeugung „ohne Sicherheit keine Entwicklung“ zugrunde.

Sie fordern uns auf, „dass Afghanistan durch Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen u.a. im Bereich von Gesundheit und Bildung eine echte Chance“ erhalten soll, „sich von Krieg und Terror zu verabschieden“. Hierin stimme ich mit Ihnen überein, jedoch nicht im Sinne eines „stattdessen“ oder einer Aufrechnung der zivilen gegen die militärische Komponente.

Die deutsche Bundesregierung verfolgt vielmehr einen vernetzten, zivil-militärischen Ansatz und hat bereits eine Diskussion angestoßen, wie die Strategie zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan weiter entwickelt werden sollte. Dabei muss es um einen politischen Gesamtansatz gehen, der den zivilen Wiederaufbau und die zivil-militärische Kooperation nach dem Vorbild der Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) im Norden verstärkt. Für diesen Ansatz hat die Bundesregierung viel Zustimmung von unseren Verbündeten erhalten.

Entsprechend ist der ganzheitliche Ansatz der Bundesregierung, der gemäß der internationalen Vereinbarungen zu Afghanistan (Bonner Abkommen, Afghanistan Compact) alle Arten von Unterstützungsleistungen für Afghanistan umfasst, in einem gemeinsam mit allen beteiligten Ressorts vereinbarten politischen Konzept eingebettet, welches im September 2006 angepasst wurde. Weder die Bundesregierung noch die Parlamentarier fällen ihre schwierige Entscheidung unter isoliert-militärischer Betrachtung.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Deutschen Bundestag

*Ihr Eduard Oswald*

Eduard Oswald, MdB Bundesminister a.D. Vorsitzender des Finanzausschusses Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1 11011 Berlin  
Tel. +49 (0)30 227-73560 Fax +49 (0)30 227-76564  
[www.eduard-oswald.de](http://www.eduard-oswald.de)